

Bericht über die Themen der Piratenpartei in der luxemburgischen Parteilandschaft



Piratenpartei Luxemburg
Claude Feltgen

Inhalt verfügbar unter der CC-Lizenz
CC-BY-NC-SA

Februar 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
1.1	Bezug auf Wahl- und Grundsatzprogramme	4
2	Privatsphäre und Datenschutz	5
2.1	Piratenpartei	5
2.2	CSV	6
2.3	LSAP	8
2.4	DP	9
2.5	Déi Gréng	11
2.6	ADR	13
2.7	Déi Lénk	14
2.8	KPL	16
3	Urheberrecht und Patentwesen	17
3.1	Piratenpartei	17
3.2	CSV	18
3.3	LSAP	19
3.4	DP	20
3.5	Déi Gréng	21
3.6	ADR	22
3.7	Déi Lénk	22
3.8	KPL	23
4	Transparenz des Staates und Open Access	24
4.1	Piratenpartei	24
4.2	CSV	25
4.3	LSAP	26
4.4	DP	27
4.5	Déi Gréng	28
4.6	ADR	29
4.7	Déi Lénk	30
4.8	KPL	31

5	Gegen Zensur	32
5.1	Piratenpartei	32
5.2	CSV	33
5.3	LSAP	33
5.4	DP	34
5.5	Déi Gréng	35
5.6	ADR	35
5.7	Déi Lénk	36
5.8	KPL	36
6	Bildung	38
6.1	Piratenpartei	38
6.2	CSV	38
6.3	LSAP	39
6.4	DP	39
6.5	Déi Gréng	40
6.6	ADR	40
6.7	Déi Lénk	41
6.8	KPL	41
7	Europa ohne Grenzen	42
7.1	Piratenpartei	42
7.2	Andere Parteien	42
8	Schlussfolgerungen	43
8.1	CSV	43
8.2	LSAP	43
8.3	DP	43
8.4	Déi Gréng	44
8.5	ADR	44
8.6	Déi Lénk	44
8.7	KPL	44
8.8	Verhältnis der Piraten zu den etablierten Parteien	44

1 Vorwort

Als jüngstes Mitglied der luxemburgischen Parteienlandschaft hat die Piratenpartei Luxemburg zwar den Vorteil des Überraschungsmoment, jedoch auch einen inhärenten Rückstand auf die etablierten Parteien.

Jede neben der Piratenpartei aktive Partei hat schon an Wahlkämpfen teilgenommen, Abgeordnete gestellt und jahrzehntelange Erfahrung im politischen Geschäft gesammelt. Es ist auch die Aufgabe der Piratenpartei aus den Fehlern anderer zu lernen; ein erster Schritt dazu ist der Vergleich der Piraten mit den etablierten Parteien. Dieser Bericht vergleicht deshalb die Programme, Aussagen und Abstimmungen aller Parteien mit denen der Piratenpartei.

Es wird sich herausstellen, dass die Punkte der Piratenpartei anderen Parteien nicht fremd sind, das Abstimmungsverhalten den politischen Aussagen allerdings oft widerspricht. Den über Zeit gewonnenen Vorteil der etablierten Parteien macht die Piratenpartei damit wieder wett, dass sie ihre Themen nicht nur erwähnt und bei Abstimmungen wieder vergisst, sondern fest hinter ihren Aussagen steht und somit eine echte Alternative darstellt.

1.1 Bezug auf Wahl- und Grundsatzprogramme

Die analysierten und genannten Grundsatzprogramme sind die aktuellen Grundsatzprogramme zum 1. Februar 2011.

Die analysierten und genannten Wahlprogramme stammen allesamt aus dem Wahljahr 2009.

2 Privatsphäre und Datenschutz

2.1 Piratenpartei

2.1.1 Grundsatzprogramm

Die Piratenpartei setzt sich gegen den Überwachungswahn und für den Schutz der Privatsphäre der Bürger ein. Sie ist der Meinung, dass Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung und automatischer Datenaustausch keine erhöhte Sicherheit mit sich bringen sondern eine Gefahr für die Bürgerrechte darstellen. “Die Unschuldsvermutung darf nicht gelockert werden und eine verdachtsunabhängige Überwachung muss abgelehnt werden“¹.

2.1.2 Stellungnahmen

1. Wie steht die Piratenpartei zur staatlichen Videoüberwachung (Visu-pol)?

Die Piratenpartei lehnt die Videoüberwachung ab, da diese keine nachgewiesene Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate hat und die Privatsphäre der Bürger verletzt². Die Piraten haben sich direkt nach ihrer Gründung dem Bündnis “Freedom not Fear“ angeschlossen und an den gleichnamigen Demonstrationen 2009 und 2010 teilgenommen³. Die Piraten verurteilen die untransparente Art und Weise wie Innenminister Halsdorf die Videoüberwachung in der Gemeinde Luxemburg verlängert hat⁴.

2. Wie steht die Piratenpartei zur Vorratsdatenspeicherung?

Die Piratenpartei lehnt die Vorratsdatenspeicherung ab, da diese die Privatsphäre der Bürger deutlich verletzt und die Unschuldsvermutung auf den Kopf stellt⁵. Die Piraten

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#privat>

²<http://piratenpartei.lu/node/158> , <http://piratenpartei.lu/themen/staat-de#privatsphaer>

³<http://piratenpartei.lu/node/179>

⁴<http://piratenpartei.lu/node/167> , <http://piratenpartei.lu/node/151>

⁵<http://piratenpartei.lu/node/123> , http://wiki.piratepartei.lu/images/3/3e/VDS_infoblaet.pdf

wollen darüber hinaus das Briefgeheimnis zu einem “generellen Kommunikationsgeheimnis“ ausweiten, um die Privatsphäre der Menschen garantieren zu können⁶.

3. Wie steht die Piratenpartei zum SWIFT-Abkommen?

Die Piraten lehnen SWIFT wie jede andere Überwachungsmaßnahme ab⁷ und haben bereits im November 2009 den Verhandlungsweg des Abkommens kritisiert⁸.

2.2 CSV

2.2.1 Grundsatzprogramm

Die CSV bekennt sich zu den bürgerlichen Grundfreiheiten und den Menschenrechten. Die Freiheit sei dabei ein zentrales und unveräußerliches Menschenrecht, welches unbedingt gewahrt werden muss. “Der Schutz der Privatsphäre [...] gehört zu den Voraussetzungen der Freiheit.“, heißt es weiter im Grundsatzprogramm der CSV⁹.

Zum Datenschutz steht nichts explizites im Grundsatzprogramm.

2.2.2 Wahlprogramm

Für die CSV ist die Sicherheit ein Grundrecht der Bürger. Dieses Recht könne nur im Einklang der bürgerlichen Freiheiten eingefordert werden. Deshalb will die CSV das Proportionalitätsprinzip aufrechterhalten, d.h. soviel Freiheit wie möglich, so viel Sicherheit wie angebracht¹⁰.

Die CSV schreibt nichts zum Datenschutz in ihrem Wahlprogramm.

2.2.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die CSV zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Die CSV hat nach einem Antrag vom damaligen Justizminister Frieden die Videoüberwachung “auf Probe“ in Luxemburg-Stadt im Jahr 2007 eingeführt¹¹ und von Innenminister Halsdorf bis ins Jahr 2011 ausgeweitet. Bisher hat Minister Halsdorf allerdings keinen unabhängigen Bericht vorgelegt, welches eine Verlängerung rechtfertigen würde¹².

⁶<http://piratenpartei.lu/themen/staat-de#privatsphaer>

⁷<http://piratenpartei.lu/node/165> , <http://piratenpartei.lu/node/152>

⁸<http://piratenpartei.lu/node/168>

⁹Grundsatzprogramm der CSV, Seiten 15/16

¹⁰Wahlprogramm der CSV, Seite 40

¹¹<http://www.legilux.public.lu/leg/a/archives/2007/0141/a141.pdf> Punkt 6

¹²<http://piratenpartei.lu/node/151>

Desweiteren hat die CSV, zusammen mit der LSAP, ein Treffen der parlamentarischen Kommission für Inneres mit dem Kriminologenverband ALC, der Kritik an der Videoüberwachung geäußert hatte, verhindert ¹³.

2. Wie steht die CSV zur Vorratsdatenspeicherung?

CSV-Minister Biltgen hat beide Gesetzesprojekte zur Vorratsdatenspeicherung (5181 und 6113) verfasst.

3. Wie steht die CSV zum SWIFT-Abkommen?

Innenminister Halsdorf verteidigte das SWIFT Abkommen vor der aufkommenden Kritik. Alle CSV Europaabgeordneten haben für SWIFT gestimmt.

2.2.4 Abstimmungen

2.2.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2005: Projet de loi 5181 (Speicherung von Kommunikationsdaten für mindestens ein Jahr): Die CSV stimmt ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2007: Projet de loi 5554 (Vereinfachung des Datenschutzgesetzes von 2002): Die CSV stimmt ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2007: Règlement grand-ducale du 1er aout (Ermöglichen der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen) eingereicht von Justizminister Frieden.

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Die CSV stimmt ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2.2.4.2 Im europäischen Parlament

2010: “Agreement between the EU and the USA on the processing and transfer of financial messaging data from the EU to the USA for purposes of the Terrorist Finance Tracking Program“ (SWIFT 2. Abstimmung): Die luxemburgischen Vertreter der europäischen Volkspartei(PPE) haben ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür** gestimmt.

¹³<http://www.tageblatt.lu/nachrichten/luxemburg/story/92446773>

2.3 LSAP

2.3.1 Grundsatzprogramm

Die LSAP ist der Meinung, dass Freiheit und Sicherheit zwei Grundwerte der Sozialdemokraten sind. Aus ihrem Grundsatzprogramm geht hervor, dass für die Sozialisten die Privatsphäre ein zu schützendes Gut ist, worauf jeder Mensch ein Recht hat.

Weiter ist die LSAP der Meinung, dass “die fundamentalen Menschenrechte nicht dem Kampf gegen den Terrorismus untergeordnet werden dürfen“¹⁴.

Die LSAP schreibt nichts zum Datenschutz in ihrem Grundsatzprogramm.

2.3.2 Wahlprogramm

Die Sozialisten sind der Meinung, dass sich Sicherheit und Freiheit nicht ausschließen. Die LSAP ist gegen den Überwachungsstaat und will alle Überwachungsmaßnahmen kritisch überprüfen.

Die öffentliche Videoüberwachung soll regelmäßig auf ihre Daseinsberechtigung hin evaluiert werden; ob von der LSAP selbst, oder von staatlicher Seite geht nicht aus dem Programm hervor. Darüber hinaus will die LSAP die Datenschutzkommission personell aufrüsten, damit diese ihren Arbeiten besser nachgehen kann¹⁵.

2.3.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die LSAP zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Die LSAP hat mit der CSV einem Treffen der parlamentarischen Kommission mit dem Kriminologenverband ALC nicht zugestimmt, obwohl der Präsident des ALCs, Daniel Biancalana, Generalsekretär der JSL¹⁶, in der Parteileitung der LSAP¹⁷ tätig ist.

2. Wie steht die LSAP zur Vorratsdatenspeicherung?

Die LSAP hat bei beiden Abstimmungen über die VDS dafür gestimmt. Es gab nur einmal ein Statement der LSAP zur VDS, vor der zweiten Abstimmung. Es hieß, dass man “in der zuständigen Kommission ein Gleichgewicht zwischen effizienter Terrorismusbekämpfung und dem Schutz der Privatsphäre finden“¹⁸. Dabei sollte aber die europäische Menschenrechtskonvention zu 100 Prozent eingehalten werden.

¹⁴Grundsatzprogramm der LSAP

¹⁵Wahlprogramm der LSAP, Seite 93

¹⁶<http://www.lsap.lu/JSL/about.php>

¹⁷<http://www.lsap.lu/2009/index.php?idnavigation=26&fdlanguage=3>

¹⁸<http://www.socrates.lu/?q=node/607>

3. Wie steht die LSAP zum SWIFT-Abkommen?

Die LSAP sprach sich in der Abstimmung im Europaparlament gegen das SWIFT-Abkommen aus. Die Partei äußerte sich ansonsten nicht zu SWIFT.

2.3.4 Abstimmungen

2.3.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2005: Projet de loi 5181 (Speicherung von Kommunikationsdaten für mindestens ein Jahr): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2007: Projet de loi 5554 (Vereinfachung des Datenschutzgesetzes von 2002): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2.3.4.2 Im europäischen Parlament

2010: “Agreement between the EU and the USA on the processing and transfer of financial messaging data from the EU to the USA for purposes of the Terrorist Finance Tracking Program“ (SWIFT 2. Abstimmung): Der LSAP-Abgeordnete im Europaparlament stimmte **dagegen**.

2.4 DP

2.4.1 Grundsatzprogramm

Die DP schreibt in ihrem Grundsatzprogramm, dass “jeder Mensch [...] ein Recht auf größtmögliche Freiheit und Selbstverwirklichung“ hat und die Freiheit könne nur von “der Gesellschaft gewollten Verfassungs- und Rechtsordnung eingeschränkt werden“. Darüber hinaus seien “die Bürgerrechte unantastbar“.

Die DP legt auch Wert auf die “Unantastbarkeit der Privatsphäre des Bürgers“ beim Ausbau der Kommunikationsgesellschaft und schreibt ganz explizit, dass die Weitergabe von persönlichen Daten im Handelsverkehr nur durch die ausdrückliche Einwilligung des Verbrauchers erlaubt sein sollte¹⁹.

¹⁹Grundsatzprogramm der DP, Seiten 13, 23, 34

2.4.2 Wahlprogramm

Die DP spricht sich nicht gegen die staatliche Videoüberwachung aus, sie will allerdings die Datenschutzkommission personell und finanziell aufrüsten, damit diese mit stichprobenartigen Kontrollen die Privatsphäre der Bürger garantieren kann.

Des Weiteren will die DP keine europäischen oder internationale Maßnahmen unterstützen, welche dem Schutz der Privatsphäre zuwiderlaufen²⁰.

2.4.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die DP zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Die DP hat mit den Grünen in der Stadt Luxemburg im Koalitionsvertrag 2005 beschlossen, dass man die Videoüberwachung zur Prävention von Straftaten einsetzen werde. Die DP ist nicht prinzipiell gegen die Videoüberwachung, kritisiert allerdings das Vorgehen von CSV und LSAP den Kriminologenverband ALC nicht in der Kommission zu hören²¹. Sie fordern eine regelmäßige Evaluation der Kameras²², sowie das Einsetzen von sogenannten Streetworkern als Ergänzung.

2. Wie steht die DP zur Vorratsdatenspeicherung?

2005 stimmte die DP noch für die VDS. 2010 war die DP allerdings die einzige Fraktion die dagegen gestimmt hat. Die DP hat sich nicht über Pressemitteilungen zu diesem Stimmungswandel geäußert. Nur Sokrates.lu gab man 2008 eine Antwort. Damals schrieb man, dass die DP sich "für einen restriktiveren Zugang und eine kürzere Speicherdauer (2008 wurden die Daten noch für 12 Monate gespeichert) der Vorratsdaten" einsetzen werde.

3. Wie steht die DP zum SWIFT-Abkommen?

Die DP kritisierte im Dezember 2009 noch das SWIFT-Abkommen, allerdings stimmte Charel Goerens (EU-Abgeordneter der DP) dafür. Nach der Abstimmung hat sich die DP nicht mehr zu SWIFT geäußert.

2.4.4 Abstimmungen

2.4.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2005: Projet de loi 5181 (Speicherung von Kommunikationsdaten für mindestens ein Jahr): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

²⁰Wahlprogramm der DP

²¹<http://tele.rtl.lu/waatleeft/replay/v/20101108/81/28279/>

²²<http://www.journal.lu/2010/06/09/eine-frage-der-verhaltnismasigkeit/>

2007: Projet de loi 5554 (Vereinfachung des Datenschutzgesetzes von 2002): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dagegen**.

2.4.4.2 Im europäischen Parlament

2010: “Agreement between the EU and the USA on the processing and transfer of financial messaging data from the EU to the USA for purposes of the Terrorist Finance Tracking Program“ (SWIFT 2. Abstimmung): Der DP-Abgeordnete im Europaparlament stimmte **dafür**.

2.5 Déi Gréng

2.5.1 Grundsatzprogramm

“Der Schutz der Menschenrechte sind die erste Voraussetzung für die Verwirklichung einer grünen Politik. Diese Rechte sind unteilbar, gleichwertig und universell gültig. Dies muss sich in der praktischen Politik dahingehend auswirken, dass sie uneingeschränkt auch für alle gelten.“²³

Déi Gréng schreiben nichts zum Datenschutz in ihrem Grundsatzprogramm.

2.5.2 Wahlprogramm

Déi Gréng wollen die neuen Regelungen, die seit dem 11. September 2001 zum Kampf gegen den Terrorismus getroffen wurden, sorgsam überprüfen. Sie wollen eine “Sicherheitspolitik fördern, welche die Bürgerrechte stärkt und trotzdem den Kampf gegen die organisierte Kriminalität gewährleistet, ohne dass dabei die Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird.“ Déi Gréng wollen außerdem, dass Grundrechte und Verbrechensbekämpfung nicht im Widerspruch zueinander stehen²⁴.

Déi Gréng wollen einen deutlichen Schutz der persönlichen Daten im digitalen Zeitalter gewährleisten, Details verrät das Programm nicht²⁵.

²³Satzung Déi Gréng, Seite 6

²⁴Wahlprogramm der Grünen, Seite 38

²⁵Wahlprogramm Déi Gréng, Seite 51

2.5.3 Stellungnahmen

1. Wie stehen Déi Gréng zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Déi Gréng haben mit der DP in der Stadt Luxemburg im Koalitionsvertrag 2005 beschlossen, dass man die Videoüberwachung zur Prävention von Straftaten einsetzen werde. Déi Gréng sind nicht prinzipiell gegen die Videoüberwachung, sie bedauern aber das Vorgehen von CSV und LSAP den Kriminologenverband ALC nicht in der Kommission zu hören²⁶ und fordern eine “seriöse Bilanz“ der Überwachung²⁷, sowie das Einsetzen von sogenannten Streetworkern als Ergänzung.

2. Wie stehen déi Gréng zur Vorratsdatenspeicherung?

Déi Gréng waren 2005 die einzige Fraktion im Parlament, welche sich gegen die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen hat. Im Sommer 2010 enthielt man sich dann allerdings. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man ins Jahr 2008 zurückschaut, wo déi Gréng noch stolz auf ihr Nein von 2005 hinwiesen²⁸. 2009 prangerte man darüberhinaus noch in zwei Pressemitteilungen²⁹ die Vorratsdatenspeicherung an. Sie forderten den “sofortigen Stopp“ da die VDS die Privatsphäre der Bürger verletze und, da es ausreichend Möglichkeiten gebe sie zu umgehen, hätte die VDS einen “geringen Nutzen“.

3. Wie stehen déi Gréng zum SWIFT-Abkommen?

Déi Gréng stimmten nicht nur im EU-Parlament gegen SWIFT, sondern kritisierten das Abkommen auch in einer Pressemitteilung³⁰.

2.5.4 Abstimmungen

2.5.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2005: Projet de loi 5181 (Speicherung von Kommunikationsdaten für mindestens ein Jahr): Déi Gréng stimmten ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dagegen**³¹.

2007: Projet de loi 5554 (Vereinfachung des Datenschutzgesetzes von 2002): Déi Gréng **enthielten** sich.

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Déi Gréng **enthielten** sich ohne weitere Begründung.

²⁶<http://tele.rtl.lu/waatleeft/replay/v/20101108/81/28279/>

²⁷<http://www.journal.lu/2010/06/09/eine-frage-der-verhaltnismasigkeit/>

²⁸<http://www.sokrates.lu/?q=node/607>

²⁹<http://deigreg.lu/showfilenew.php?id=2792>

³⁰<http://deigreg.lu/showfilenew.php?id=2995>

³¹<http://www.sokrates.lu/node/1686>

2.5.4.2 Im europäischen Parlament

2010: “Agreement between the EU and the USA on the processing and transfer of financial messaging data from the EU to the USA for purposes of the Terrorist Finance Tracking Program“ (SWIFT 2. Abstimmung): Der Abgeordnete der déi Gréng im Europaparlament stimmte **dagegen**.

2.6 ADR

2.6.1 Grundsatzprogramm

Für die ADR ist die Freiheit einer von vier Grundpfeilern die sie ”mit aller Konsequenz schützen und fördern“. Desweiteren will die ADR “jegliche unnötige staatliche Kontrolle vermeiden“³²

Die ADR schreibt nichts zum Datenschutz in ihrem Grundsatzprogramm.

2.6.2 Wahlprogramm

Die ADR findet, dass der Staat unbedingt die Privatsphäre der Bürger zu respektieren hat. Außerdem soll der Staat nur in unbedingten Notfällen in der Lage sein, die Freiheit der Bürger einzuschränken oder zu kontrollieren.

Für die ADR sollen “klare politische Richtlinien“ gelten, wie zum Beispiel “die Achtung der Menschenrechte, der Respekt der Privatsphäre und der Datenschutz“. Der Kampf gegen den Terrorismus dürfe nie als “Vorwand zur Minderung von Freiheitsrechten“ dienen, so die ADR weiter.

Der Bürger würde unter Generalverdacht gestellt und mit dem Argument “wer sich nichts zu Schulden kommen lässt, hat nichts zu befürchten“ mundtot gemacht. “Dabei ist es genau umgekehrt“. Die ADR spricht sich damit gegen den totalen Überwachungsstaat aus, und kritisiert beispielsweise die “Speicherung der Daten von Telefon-, Handy-, und Internetverbindungen und die Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen“³³.

Den Datenschutz (und die informationelle Selbstbestimmung) will die ADR stärken. Der Bürger soll die Möglichkeit bekommen “einmal im Jahr eine Auflistung bekommen, wer, zu welchem Zweck, welche Informationen über ihn in einer staatlichen Datenbank abgerufen hat“³⁴. “Dem Datenschutz und dem Schutz der Privatsphäre gibt die ADR eine absolute Priorität.“³⁵.

³²<http://www.adr.lu/upload/dokumente/10122.pdf> Seite 3/5

³³<http://www.adr.lu/upload/dokumente/10280.pdf> Seite 36/54

³⁴<http://www.adr.lu/upload/dokumente/10280.pdf> Seite 63

³⁵<http://www.adr.lu/upload/dokumente/10280.pdf> Seite 66

2.6.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die ADR zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Die ADR bedauert, wie die DP und die Grünen, die Entscheidung von LSAP und CSV den Kriminologenverband nicht in der Kommission zu hören³⁶. Die ADR fordert allerdings die Ausweitung der Videoüberwachung auf die Gemeinden in Ettelbrück und Esch/Alzette³⁷.

2. Wie steht die ADR zur Vorratsdatenspeicherung?

Die ADR hat sich außer mit ihren beiden Ja's nicht zur Vorratsdatenspeicherung geäußert.

3. Wie steht die ADR zum SWIFT-Abkommen?

Die ADR hat sich nicht zum SWIFT-Abkommen geäußert.

2.6.4 Abstimmungen

2005: Projet de loi 5181 (Speicherung von Kommunikationsdaten für mindestens ein Jahr): Die ADR stimmte mit einer Gegenstimme (A.Jaerling) und keiner Enthaltung dafür³⁸.

2007: Projet de loi 5554 (Vereinfachung des Datenschutzgesetzes von 2002): Die ADR stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung dafür.

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Die ADR stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung dafür.

2.7 Déi Lénk

2.7.1 Grundsatzprogramm

Déi Lénk schreibt in ihrem Grundsatzprogramm, dass die Polizei kein Recht auf verstärkte Überwachungsmaßnahmen hätte³⁹.

Déi Lénk fordert das Recht auf persönliche E-Mails und auf Verschlüsselung von Informationen, um dem unerwünschten Zugriff von Dritten zu vermeiden⁴⁰.

³⁶<http://tele.rtl.lu/waatleeft/replay/v/20101108/81/28279/>

³⁷<http://www.journal.lu/2010/06/09/eine-frage-der-verhaltnismasigkeit/>

³⁸<http://www.sokrates.lu/node/1686>

³⁹Grundsatzprogramm déi lénk, Seite 15

⁴⁰Grundsatzprogramm déi lénk, Seite 31

2.7.2 Wahlprogramm

Déi Lénk will die Gesellschaft auf die Gefahren des gläsernen Bürgers aufmerksam machen. Sie sind der Meinung, dass man die Sicherheit nicht durch Unterdrückung von fundamentalen Rechten erreichen kann.

Déi Lénk ist gegen den biometrischen Pass.

Déi Lénk ist gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Déi Lénk spricht sich nicht explizit gegen die staatliche Videoüberwachung aus und bietet alternative Methoden für die Sicherheitspolitik an. Sie wollen sich darüber hinaus gegen Kameras einsetzen, welche Gesichter (und andere biometrische Daten) erkennen⁴¹.

2.7.3 Stellungnahmen

1. Wie steht déi Lénk zur staatlichen Videoüberwachung (Visupol)?

Déi Lénk sorgt sich um die freiheitlichen Grundrechte der Bürger und trat im Sommer 2010 für ein Moratorium in Sachen Ausdehnung der Videoüberwachung ein⁴².

Déi Lénk bedauert deswegen auch die Verlängerung der Videoüberwachung bis ins Jahr 2011⁴³.

2. Wie steht déi Lénk zur Vorratsdatenspeicherung?

“Déi Lénk lehnen die Vorratsdatenspeicherung strikt ab“⁴⁴; dies hat sie mit ihrem Nein im Sommer 2010 bewiesen. Im Laufe der Jahre hat die Linke die Vorratsdatenspeicherung immer wieder kritisiert und angeprangert⁴⁵.

3. Wie steht déi Lénk zum SWIFT-Abkommen?

Déi Lénk hat mit mehreren Artikeln auf ihrer Webseite über SWIFT informiert und darin das Abkommen kritisiert⁴⁶.

2.7.4 Abstimmungen

2010: Projet de loi 6113 (Erweiterung der Vorratsdatenspeicherung auf digitale Daten): Déi Lénk stimmte **dagegen**.

⁴¹Wahlprogramm déi lénk Seite 36/37

⁴²<http://www.journal.lu/2010/06/09/eine-frage-der-verhaltnismasigkeit/>

⁴³<http://dei-lenk.lu/node/5137>

⁴⁴<http://www.sokrates.lu/?q=node/607>

⁴⁵<http://dei-lenk.lu/search/node/vorratsdatenspeicherung>

⁴⁶<http://dei-lenk.lu/search/node/swift>

2.8 KPL

2.8.1 Wahlprogramm

Die Kommunisten haben weder eine Position zur Privatsphäre noch zum Datenschutz in ihrem Programm.

2.8.2 Stellungnahmen

Die KPL hat sich zu keinen Themen bezüglich der Privatsphäre oder dem Datenschutz geäußert.

3 Urheberrecht und Patentwesen

3.1 Piratenpartei

3.1.1 Grundsatzprogramm

Die Piratenpartei ist für eine Modernisierung des Urheberrechts und Patentrechts. Das Urheberrecht soll nach Meinung der Piraten an die technischen Gegebenheiten angepasst werden um den Austausch von Wissen und Kultur zu fördern anstatt zu behindern. Die Piratenpartei setzt sich für eine Verringerung der Schutzdauer urheberrechtlich geschützter Werke ein, für die Legalisierung nicht-kommerziellen Filesharings und der Legalisierung der Privatkopie¹.

Im Bereich des Patentwesens will die Piratenpartei Patente auf Software und Medizin einschränken bzw. verbieten².

3.1.2 Stellungnahmen

1. Wie steht die Piratenpartei zu ACTA?

Die Piratenpartei ist die einzige Partei Luxemburgs die ACTA komplett ablehnt. Die Piraten kritisieren den Inhalt dieses Handlungsabkommen genauso wie die intransparente Art und Weise wie dieses Abkommen verhandelt wird³. So unterstützen die Piraten die Aktion "Stopp ACTA"⁴ und sie haben auf ihrem Landeskongress 2010 über ACTA informiert⁵.

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#urheber>

²<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#patent>

³<http://piratenpartei.lu/node/166> , <http://piratenpartei.lu/node/159> , <http://piratenpartei.lu/node/153>

⁴<http://piratenpartei.lu/node/186>

⁵<http://wiki.piratepartei.lu/images/c/ca/Protokoll.LK2010.pdf>

3.2 CSV

3.2.1 Grundsatzprogramm

Die CSV hat in ihrem Grundsatzprogramm keine Position zum Urheberrecht oder dem Patentwesen eingenommen.

3.2.2 Wahlprogramm

Die CSV will eine "echte Patentpolitik der öffentlichen Forschung in Luxemburg fördern". Wie sie dies machen wollen und was eine "echte Patentpolitik" ist, verrät ihr Programm jedoch nicht⁶.

Die CSV schreibt in ihrem Wahlprogramm allerdings nichts von einer Reform des Urheberrechts, oder der Legalisierung der Privatkopie.

3.2.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die CSV zu ACTA?

Die CSV hat sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.2.4 Abstimmungen

3.2.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Die CSV stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2009: Projet de loi 5895 (Umsetzung der EU-Direktive 2004/48CE betreffend das "geistige Eigentum"): Die CSV stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

3.2.4.2 Im europäischen Parlament

2010: "Enforcement of intellectual property rights in the internal market" (Gallo-Report): Die Abgeordneten der CSV im Europaparlament stimmten ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

⁶Wahlprogramm der CSV, Seite 15

3.3 LSAP

3.3.1 Grundsatzprogramm

Die LSAP hat in ihrem Grundsatzprogramm keine Position zum Urheberrecht und Patentrecht eingenommen.

3.3.2 Wahlprogramm

Die Sozialisten wollen eine Agentur zur Verwaltung der Autorenrechte im Bereich der Bildenden Kunst schaffen. Von einer Reform des Urheberrechtes oder der Legalisierung der Privatkopie ist allerdings keine Rede im Programm der LSAP⁷.

3.3.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die LSAP zu ACTA?

Die LSAP hat sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.3.4 Abstimmungen

3.3.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2009: Projet de loi 5895 (Umsetzung der EU-Direktive 2004/48CE betreffend das "geistige Eigentum"): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

3.3.4.2 Im europäischen Parlament

2010: "Enforcement of intellectual property rights in the internal market" (Gallo-Report): Der Europaabgeordnete der LSAP war für die Abstimmung **nicht anwesend**.

⁷Wahlprogramm der LSAP, Seite 89

3.4 DP

3.4.1 Grundsatzprogramm

Die DP spricht in ihrem Grundsatzprogramm von einem “Recht auf Eigentum“, ob damit auch das “geistige Eigentum“ gemeint ist, geht nicht klar aus selbigem hervor⁸.

Ansonsten nimmt die DP keine Stellung in ihrem Grundsatzprogramm zum Urheberrecht oder zum Patentwesen.

3.4.2 Wahlprogramm

Die DP will laut ihrem Programm das Urheberrecht nicht reformieren. Sie will allerdings den freien Zugang zu Kultur fördern⁹.

Die DP hat keine Position zum Patentwesen in ihrem Programm.

3.4.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die DP zu ACTA?

Die DP hat sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.4.4 Abstimmungen

3.4.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2009: Projet de loi 5895 (Umsetzung der EU-Direktive 2004/48CE betreffend das “geistige Eigentum“): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

3.4.4.2 Im europäischen Parlament

2010: “Enforcement of intellectual property rights in the internal market“ (Gallo-Report): Der Abgeordnete der DP stimmte **dagegen**.

⁸Grundsatzprogramm der DP, Seite 15

⁹Wahlprogramm der DP

3.5 Déi Gréng

3.5.1 Grundsatzprogramm

Déi Gréng nehmen in ihrem Grundsatzprogramm keine Position zum Urheberrecht oder zum Patentwesen.

3.5.2 Wahlprogramm

Déi Gréng haben in ihrem Programm keine Position zum Urheberrecht genommen. Sie wollen allerdings eine vielfältige Kultur fördern¹⁰.

Déi Gréng haben keine Position zum Patentwesen in ihrem Programm.

3.5.3 Stellungnahmen

1. Wie stehen déi Gréng zu ACTA?

Déi Gréng haben sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.5.4 Abstimmungen

3.5.4.1 Im luxemburgischen Parlament

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Déi Gréng stimmten ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2009: Projet de loi 5895 (Umsetzung der EU-Direktive 2004/48CE betreffend das "geistige Eigentum"): Déi Gréng stimmten ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

3.5.4.2 Im europäischen Parlament

2010: "Enforcement of intellectual property rights in the internal market" (Gallo-Report): Der Abgeordnete der Déi Gréng stimmte **dagegen**.

¹⁰Wahlprogramm der Grünen, Seiten 51/52

3.6 ADR

3.6.1 Grundsatzprogramm

Die ADR fordert den Schutz von Eigentum, ob damit auch das “geistige Eigentum“ gemeint ist, bleibt unklar. Ansonsten gibt die ADR keine Position zum Urheberrecht in ihrem Grundsatzprogramm ab¹¹.

Die ADR lehnt die Patentierbarkeit von Leben ab¹².

Die ADR hat keine Position zum Patentrecht in der Informatik festgeschrieben.

3.6.2 Wahlprogramm

Die ADR hat in ihrem Wahlprogramm nichts zum Urheberrecht oder Patentwesen stehen.

3.6.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die ADR zu ACTA?

Die ADR hat sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.6.4 Abstimmungen

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Die ADR stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

2009: Projet de loi 5895 (Umsetzung der EU-Direktive 2004/48CE betreffend das “geistige Eigentum“): Die ADR stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

3.7 Déi Lénk

3.7.1 Grundsatzprogramm

Déi Lénk hat in ihrem Grundsatzprogramm keine Position zum Urheberrecht oder zum Patentwesen festgeschrieben.

¹¹Grundsatzprogramm der ADR, Seite 5

¹²Grundsatzprogramm der ADR, Seite 2

3.7.2 Wahlprogramm

Déi Lénk will "Filesharing" unter der Berücksichtigung vom Datenschutz und den Urheberrechten legalisieren¹³.

3.7.3 Stellungnahmen

1. Wie steht déi Lénk zu ACTA?

Déi Lénk hat sich bisher noch nicht zu ACTA geäußert.

3.7.4 Abstimmungen

2004: Projet de loi 5128 (Harmonisierung der Urheberrechte mit dem EU-Ausland): Déi Lénk **enthielt sich**.

3.8 KPL

3.8.1 Wahlprogramm

Die Kommunisten haben weder eine Position zum Urheberrecht noch zum Patentwesen in ihrem Wahlprogramm.

3.8.2 Stellungnahmen

Die KPL hat sich nicht zu Themen bezüglich dem Urheberrecht oder dem Patentwesen geäußert.

¹³Wahlprogramm déi Lénk, Seite 41

4 Transparenz des Staates und Open Access

4.1 Piratenpartei

4.1.1 Grundsatzprogramm

Die Piratenpartei fordert die Transparenz des Staates gegenüber den Bürgern. Offenlegung aller Prozesse und Akten soll zum Prinzip werden, Geheimhaltung zur Ausnahme. Dem Bürger soll zu jedem Zeitpunkt Einsicht in den Staatsapparat gewährleistet werden. Offizielle Dokumente müssen zeitnah und frei zugänglich veröffentlicht werden. Diese Prinzipien können nur zum Schutz der Privatsphäre der Bürger oder imperativen Sicherheitsbedenken eingeschränkt werden¹.

Die Piraten fordern, dass Projekte, welche von staatlicher Seite unterstützt werden, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Wissenschaftlich Studien, die mit Steuergeldern finanziert werden, sollen nach Meinung der Piratenpartei kostenfrei veröffentlicht werden².

4.1.2 Stellungnahmen

1. Was hält die Piratenpartei von Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Die Piratenpartei unterstützt aktiv Whistleblowerplattformen unter dem Banner der Transparenz des Staates. Whistleblower sorgen dafür, dass wichtige Informationen über Entscheidungsträger öffentlich werden. So wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben wichtige Informationen zu kennen, die es erlauben die Arbeit der Volksvertreter und der staatlichen Behörden besser einzuschätzen.

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#transparenz>

²<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#oa>

Die Piratenpartei ist die einzige Partei Luxemburgs, welche eine Mirror-Page von Wikileaks online gesetzt hat (wikileaks.lu), als "wikileaks.org" auf Druck der amerikanischen Behörden zensiert wurde.

2. Wie steht die Piratenpartei zur "Informationsfreiheit"?

Die Piratenpartei setzt sich für eine gesetzliche Regelung der Informationsfreiheit ein, um den Staat transparenter gestalten zu können.

4.2 CSV

4.2.1 Grundsatzprogramm

Die CSV hat in ihrem Grundsatzprogramm weder etwas zur Transparenz des Staates noch zu Open Acces stehen.

4.2.2 Wahlprogramm

Die CSV will das allgemeine Recht auf Informationszugang gesetzlich regeln, wie und ob darin der freie Zugang gewährleistet wird, verrät das Programm³.

Die CSV will rechtskräftige Urteile in anonymisierter Form übers Internet veröffentlichen⁴.

Die CSV hat nichts über Open Acces der staatlich geförderten Forschung in ihrem Wahlprogramm stehen

4.2.3 Stellungnahmen

1. Was hält die CSV von Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Premierminister Juncker(CSV) zeigte sich "schockiert von der Veröffentlichung" amerikanischer Dokumente durch Wikileaks, da dadurch "das Leben einiger Menschen in Gefahr gebracht wurde"⁵. Die CSV selbst äußerte sich nicht zu Wikileaks.

2. Wie steht die CSV zur "Informationsfreiheit"?

Premierminister Juncker (CSV) spricht sich gegen ein Recht auf Zugang zu Informationen von öffentlichen Verwaltungen und Institutionen aus: "Man sollte die Denkprozesse

³Wahlprogramm der CSV, Seite 40

⁴Wahlprogramm der CSV, Seite 42

⁵<http://www.lequotidien.lu/politique-et-societe/17730.html>

von Verwaltungen und der Regierung nicht öffentlich machen, bevor sie zu Ende geführt worden sind“⁶; obwohl das Wahlprogramm der CSV gegenteiliges behauptet.

4.2.4 Abstimmungen

2007: Projet de loi 5700 (Einführung von staatlicher Parteifinanzierung; Soll die Parteifinanzierung transparent gestalten): Die CSV stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

4.3 LSAP

4.3.1 Grundsatzprogramm

In ihrem Grundsatzprogramm erklären die Sozialdemokraten, dass ohne Information keine Freiheit des Bürgers möglich sei.

Darüber hinaus will die LSAP “eine aktive Demokratie, die auf dem Recht der Information fußt“⁷.

4.3.2 Wahlprogramm

Die LSAP will die öffentlichen Dienste so verbessern, dass die Bürger schneller und einfacher an gewünschte Informationen kommen können. Im Programm der LSAP ist allerdings keine Rede von Open Acces oder dass diese Dienstleistungen gratis sein sollen⁸.

4.3.3 Stellungnahmen

1. Was hält die LSAP von Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Außenminister Asselborn (LSAP) findet die Wikileaks-Veröffentlichungen “lachhaft“⁹. Darüber hinaus will der Außenminister die Amerikanische Botschaft nicht auffordern, alle Depeschen zu veröffentlichen¹⁰. Die LSAP selbst äußerte sich nicht zu Wikileaks.

⁶<http://www.wort.lu/wort/web/letzebuerg/artikel/2011/01/134289/nicht-voreilig-kommentieren.php>

⁷Grundsatzprogramm der LSAP

⁸Wahlprogramm der LSAP, Seite 84

⁹<http://news.rtl.lu/news/national//87727.html>

¹⁰<http://www.wort.lu/wort/web/letzebuerg/artikel/2010/12/133798/asselborn-kein-interesse-an-us-depeschen.php>

2. Wie steht die LSAP zur “Informationsfreiheit“?

Die LSAP hat sich bisher nicht zur Informationsfreiheit geäußert.

4.3.4 Abstimmungen

2007: Projet de loi 5700 (Einführung von staatlicher Parteifinanzierung, Soll die Parteifinanzierung transparent gestalten): Die LSAP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

4.4 DP

4.4.1 Grundsatzprogramm

Im Grundsatzprogramm der DP steht weder etwas zur Transparenz des Staates, noch etwas über Open Acces.

4.4.2 Wahlprogramm

Im Wahlprogramm der DP steht weder etwas zur Transparenz des Staates, noch etwas über Open Acces.

4.4.3 Stellungnahmen

1. Was hält die DP von Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Die DP äußerte sich nicht zu den Veröffentlichungen von amerikanischen Dokumenten von Wikileaks.

2. Wie steht die DP zur “Informationsfreiheit“?

Die DP hat sich bisher nicht zur Informationsfreiheit geäußert.

4.4.4 Abstimmungen

2007: Projet de loi 5700 (Einführung von staatlicher Parteifinanzierung, Soll die Parteifinanzierung transparent gestalten): Die DP stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

4.5 Déi Gréng

4.5.1 Grundsatzprogramm

Déi Gréng haben nichts in ihrem Grundsatzprogramm zur Transparenz des Staates oder zu Open Acces stehen.

4.5.2 Wahlprogramm

Déi Gréng wollen für mehr Transparenz im Staat sorgen. Eine Maßnahme die déi Gréng ergreifen wollen, ist die Zusammensetzung des Staatsrates demokratischer und transparenter zu gestalten. Sie wollen außerdem ein allgemeines Bürgerrecht auf administrative Informationen einführen¹¹.

Déi Gréng wollen sich dafür einsetzen, dass die Rechtssprechung unter Berücksichtigung des Datenschutzgesetzes öffentlich zugänglich gemacht wird¹².

4.5.3 Stellungnahmen

1. Wie stehen déi Gréng zu Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Déi-Gréng-Abgeordnete Felix Braz stellte eine parlamentarische Frage an Außenminister Asselborn, ob dieser die Freigabe aller Depeschen Luxemburg betreffend durch die amerikanische Botschaft fordern werde¹³. Ansonsten äußerte sich die Partei nicht zu Wikileaks.

2. Wie stehen déi Gréng zur “Informationsfreiheit“?

Déi Gréng haben sich bisher nicht zur Informationsfreiheit geäußert.

4.5.4 Abstimmungen

2007: Projet de loi 5700 (Einführung von staatlicher Parteifinanzierung, Soll die Parteifinanzierung transparent gestalten): Déi Gréng stimmten ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

¹¹Wahlprogramm der Grünen Seite, 33/34

¹²Wahlprogramm déi Gréng Seite, 37

¹³<http://www.wort.lu/wort/web/letzebuerg/artikel/2010/12/133798/asselborn-kein-interesse-an-us-depeschen.php>

4.6 ADR

4.6.1 Grundsatzprogramm

Die ADR ist der Meinung, dass eine “möglichst umfassende und freie Information über gesellschaftliche Vorgänge sowie das politische Wirken aller Parteien eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme der Bürger am demokratischen Prozess darstellt“.

Die ADR will, dass das öffentliche Leben nach dem “Prinzip der Transparenz“ ausgerichtet ist. “Dem Bürger soll der Zugang zu Informationen im öffentlichen Sektor weit offen stehen“, so die ADR weiter¹⁴.

Daneben fordert die ADR Transparenz bei den Parteifinanzen¹⁵.

4.6.2 Wahlprogramm

“Nicht der Staat muss den Bürger, sondern der Bürger den Staat kontrollieren können.“ Der ADR zufolge sollte jeder Bürger das Recht haben alle Daten und Informationen vom Staat zu erhalten, welche nicht die Persönlichkeitsrechte Dritter betreffen¹⁶.

Die ADR will die Transparenz in der Justiz erhöhen, und alle straf- und zivilrechtlichen Urteile in anonymisierter Form im Internet veröffentlichen¹⁷.

Die ADR ist der Meinung, dass die Gesetzestexte in “sehr viel mehr verständlicher Form zur Verfügung stehen müssen“¹⁸.

“Der Staat soll nichts verheimlichen oder beschönigen, sondern die Bürger umfassend über die wahre Sicherheitslage informieren.“¹⁹

4.6.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die ADR zu Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Der ADR-Abgeordnete Fernand Kartheisser stellte eine parlamentarische Frage an Außenminister Asselborn und Premierminister Juncker, ob die luxemburgischen Dokumente sicher gelagert wären²⁰. Zu Wikileaks selbst äußerte sich die Partei nicht.

¹⁴Grundsatzprogramm der ADR, Seite 4

¹⁵Grundsatzprogramm der ADR, Seite 5

¹⁶Wahlprogramm der ADR, Seite 56

¹⁷Wahlprogramm der ADR, Seite 62

¹⁸Wahlprogramm der ADR, Seite 66

¹⁹Wahlprogramm der ADR, Seite 86

²⁰<http://www.adr.lu/upload/dokumente/10968.pdf>

2. Wie steht die ADR zur “Informationsfreiheit“?

Die ADR hat sich bisher nicht zur Informationsfreiheit geäußert.

4.6.4 Abstimmungen

2007: Projet de loi 5700 (Einführung von staatlicher Parteifinanzierung; Soll die Parteifinanzierung transparent gestalten): Die ADR stimmte ohne Gegenstimme oder Enthaltung **dafür**.

4.7 Déi Lénk

4.7.1 Grundsatzprogramm

Déi Lénk hat nichts zu den Themen ”Transparenz des Staates und Open Access in ihrem Grundsatzprogramm stehen.

4.7.2 Wahlprogramm

Déi Lénk will einen komplett transparenten Staat (“Etat de verre“, “transparence totale“). Wie sie diesen erreichen wollen, steht allerdings nicht in ihrem Programm.

4.7.3 Stellungnahmen

1. Wie steht déi Lénk zu Wikileaks und anderen Whistleblowerplattformen?

Déi Lénk fragt sich in einer Pressemitteilung wer denn “Angst vor Transparenz“ hätte, und erinnert darin, dass die USA sich unter Barack Obama nicht verändert hätte und weiterhin demokratisch legitimierte Regierungen, vor allem in Lateinamerika, destabilisieren würde²¹. Déi Lénk unterstützt also die Wikileaks-Veröffentlichungen.

2. Wie steht déi Lénk zur “Informationsfreiheit“?

Déi Lénk hat sich bisher nicht zur Informationsfreiheit geäußert.

²¹<http://dei-lenk.lu/node/5267>

4.8 KPL

4.8.1 Grundsatzprogramm

Die Kommunisten haben weder eine Position zur Transparenz des Staates noch zu Open Acces in ihrem Programm.

4.8.2 Wahlprogramm

Die KPL hat sich nicht zu Themen bezüglich der Transparenz des Staates und Open Acces geäußert.

5 Gegen Zensur

5.1 Piratenpartei

5.1.1 Grundsatzprogramm

Jegliche Art der Zensur wird von der Piratenpartei abgelehnt. Weder Presse noch Kunst oder Wissenschaft dürfen nach Meinung der Piratenpartei von staatlicher Stelle eingeschränkt oder unterbunden werden¹.

5.1.2 Stellungnahmen

1. Wie steht die Piratenpartei zum umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Die Piratenpartei hat sich nicht zum ungarischen Mediengesetz geäußert.

2. Was hält die Piratenpartei von Netzsperrern?

Die Piratenpartei spricht sich strikt gegen Sperren von Webseiten ein, da die geschaffene Zensurinfrastruktur später nicht nur für das Blockieren von Kinderpornographie o.ä. eingesetzt werden kann (wie Beispiele aus der Vergangenheit zeigen).

Die Piratenpartei unterstützt die Online-Petition “Deletion, not blocking“² gegen die von der EU Kommissarin C. Malström geplanten Netzsperrern.

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#zensur>

²<http://piratepartei.lu/aktiounen>

5.2 CSV

5.2.1 Grundsatzprogramm

Im Grundsatzprogramm der CSV steht, dass das zentrale Menschenrecht der Freiheit die Meinungsfreiheit beinhaltet³.

5.2.2 Wahlprogramm

Die CSV hat nichts in ihrem Wahlprogramm gegen Zensurmaßnahmen stehen.

5.2.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die CSV zum umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Premierminister Juncker (CSV) kritisierte das Mediengesetz in Ungarn, machte aber darauf aufmerksam, dass die ungarische Regierung durch "rassistische, antisemitische und kinderpornografische" Publikationen zu einer Neuregelung des Pressegesetzes gezwungen wurde⁴. Die Partei selbst äußerte sich nicht dazu.

2. Was hält die CSV von Netzsperrern?

Justizminister Biltgen (CSV) teilte bei einem Treffen mit seiner deutschen Amtskollegin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) mit, dass er ihre Position gegenüber Netzsperrern zu 100 Prozent teilt⁵. Beide wollten sich daraufhin auf einem Treffen mit den anderen europäischen Justizministern fürs "Löschen anstatt Sperren"-Prinzip einsetzen, was allerdings von diesen abgelehnt wurde⁶.

5.3 LSAP

5.3.1 Grundsatzprogramm

Auf einem Bild in ihrem Grundsatzprogramm sagen die Sozialisten "Nein!" zum Maulkorbgesetz. Es liegt nahe, dass die LSAP damit für Meinungsfreiheit plädiert und der Zensur den Kampf ansagt. Dies wird aber nirgends im Grundsatzprogramm erwähnt⁷.

³Grundsatzprogramm der CSV, Seite 15/16

⁴<http://www.tageblatt.lu/nachrichten/europa/story/26592500>

⁵<http://www.mj.public.lu/actualites/2010/10/Schnarrenberger/index.html>

⁶<http://www.netzpolitik.org/2010/eu-justizminister-fur-netzsperrern-noch-2-monate-fur-uns/>

⁷Grundsatzprogramm der LSAP

5.3.2 Wahlprogramm

Die LSAP hat nichts in ihrem Wahlprogramm gegen Zensurmaßnahmen stehen.

5.3.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die LSAP zum umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Außenminister Asselborn (LSAP) kritisierte das ungarische Mediengesetz stark, und forderte die EU zu einem schnellen Handeln auf, da dieses Gesetz gegen die EU-Charta der Grundrechte verstoße⁸. Die Partei selbst äußerte sich dazu nicht.

2. Wie findet die LSAP Netzsperrern?

Die LSAP hat sich bisher noch nicht zu Netzsperrern geäußert.

5.4 DP

5.4.1 Grundsatzprogramm

Die DP will für Freiheit einstehen. Unter Freiheit verstehen sie u.a. freies Denken und freie Meinungsäußerung⁹.

5.4.2 Wahlprogramm

Die DP hat nichts gegen Zensurmaßnahmen in ihrem Wahlprogramm stehen.

5.4.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die DP gegenüber dem umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Die DP hat sich nicht zum Mediengesetz in Ungarn geäußert.

2. Was hält die DP von Netzsperrern?

Die DP hat sich bisher noch nicht zu Netzsperrern geäußert.

⁸<http://www.tageblatt.lu/nachrichten/europa/story/15046072>

⁹Grundsatzprogramm der DP

5.5 Déi Gréng

5.5.1 Grundsatzprogramm

Siehe “Privatsphäre und Datenschutz“.

5.5.2 Wahlprogramm

Déi Gréng haben nichts gegen Zensurmaßnahmen in ihrem Wahlprogramm stehen.

5.5.3 Stellungnahmen

1. Wie stehen Déi Gréng gegenüber dem umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Déi Gréng haben sich nicht zum Mediengesetz in Ungarn geäußert.

2. Was halten die Grünen von Netzsperrern?

Déi Gréng haben sich bisher noch nicht zu Netzsperrern geäußert.

5.6 ADR

5.6.1 Grundsatzprogramm

Die ADR will, dass die Pressefreiheit staatlich garantiert wird¹⁰.

5.6.2 Wahlprogramm

Die ADR will “ausdrücklich für eine möglichst umfassende Meinungs- und Redefreiheit“ eintreten. Sie steht daher der Zensur von Medien ablehnend gegenüber¹¹.

5.6.3 Stellungnahmen

1. Wie steht die ADR zum umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

¹⁰Grundsatzprogramm der ADR, Seite 4

¹¹Wahlprogramm der ADR, Seiten 36 und 56

Die ADR ruft in einer Pressemitteilung die CSV auf sich vom Handeln ihrer ungarischen Schwesterpartei zu distanzieren und das Mediengesetz deutlich zu kritisieren und fordert die ungarische Regierung dazu auf, das Gesetz zurückzuziehen¹².

2. Was hält die ADR von Netzsperrern?

Die ADR hat sich bisher noch nicht zu Netzsperrern geäußert.

5.7 Déi Lénk

5.7.1 Grundsatzprogramm

Déi Lénk ist der Meinung, dass die Meinungs- und Pressefreiheit nicht absondern ausgebaut werden müsse¹³.

Darüber hinaus lehnt déi Lénk äußere und innere Zensur der Presse strikt ab¹⁴.

5.7.2 Wahlprogramm

Déi Lénk hat nichts gegen Zensurmaßnahmen in ihrem Wahlprogramm stehen.

5.7.3 Stellungnahmen

1. Wie steht déi Lénk gegenüber dem umstrittenen Mediengesetz in Ungarn?

Déi Lénk hat sich nicht zum Mediengesetz in Ungarn geäußert.

2. Was hält déi Lénk von Netzsperrern?

Déi Lénk hat sich bisher noch nicht zu Netzsperrern geäußert.

5.8 KPL

5.8.1 Wahlprogramm

Die KPL hat nichts gegen Zensurmaßnahmen in ihrem Wahlprogramm stehen.

¹²NAMEPLS

¹³Grundsatzprogramm déi Lénk, Seite 13

¹⁴Grundsatzprogramm déi Lénk, Seite 17

5.8.2 Stellungnahmen

Die KPL hat sich bisher nicht zu diesem Thema geäußert.

6 Bildung

6.1 Piratenpartei

6.1.1 Grundsatzprogramm

Die Piratenpartei will eine moderne Bildungspolitik mit individueller Betreuung der Schüler und Studenten. Medienkompetenz soll an Schulen unterrichtet werden um den Umgang mit neuen Technologien im Informationszeitalter zu lernen, aber auch um sich kritisch mit Medienberichten auseinander setzen zu können.

Schulen und Universitäten sollen nach Meinung der Piraten so weit wie möglich demokratisch geordnet sein mit vielen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler und Studenten¹.

6.2 CSV

6.2.1 Grundsatzprogramm

Die CSV hat nichts über einen freien Zugang zur Bildung in ihrem Grundsatzprogramm stehen.

6.2.2 Wahlprogramm

Die CSV will die Jugend durch Medienkompetenz vor Gefahren präventiv schützen, und dabei vor allem "safer internet" vorantreiben².

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#bildung>

²Wahlprogramm der CSV, Seite 54

6.2.3 Stellungnahmen

Die CSV sitzt seit Jahren in der Regierung, hat in diesem Bereich allerdings noch keine ihrer Ideen umsetzen können.

6.3 LSAP

6.3.1 Grundsatzprogramm

Im Grundsatzprogramm der LSAP steht, dass in der heutigen Wissensgesellschaft die Bildung für jeden offen stehen müsse. Weiter erklären die Sozialisten, dass Schüler und Studenten ihren Weg unabhängig des Einkommens der Eltern gehen können müssen³.

6.3.2 Wahlprogramm

Die LSAP will, dass alle Menschen einen Zugang zu hochwertiger Bildung bekommen, von freiem Zugang ist allerdings im Programm keine Rede.

Die Sozialisten wollen in einem religionsneutralen Werteunterricht auch Politik- und Medienerziehung einführen.

Zur sozialistischen Jugendpolitik gehört die Medienerziehung ebenfalls⁴.

6.3.3 Stellungnahmen

Trotz Regierungsbeteiligung in den letzten beiden Legislaturperioden, konnte die LSAP keine ihrer Ideen oder Konzepte in Sachen Medienerziehung umsetzen.

6.4 DP

6.4.1 Grundsatzprogramm

Die DP will, dass die Schüler zu "mündigen Bürgern" erzogen werden, denn nur diese könnten "Verantwortung in Staat und Gesellschaft übernehmen". Darüber hinaus könne nur die Bildung die Unabhängigkeit und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung garantieren⁵.

³Grundsatzprogramm der LSAP

⁴Wahlprogramm der LSAP, Seiten 52, 100, 101

⁵Grundsatzprogramm der DP, Seite 40

6.4.2 Wahlprogramm

Die DP sieht im freien Zugang zu Bildung und Wissen ein Grundrecht, welches allen Menschen offen stehen soll.

Die DP will außerdem, die Schule den Kindern und Jugendlichen einen aufgeklärten und verantwortungsvollen Umgang mit den Medien vermittelt. Die Medienerziehung soll Bestandteil des Schulprogramms in der Grundschule und im Sekunderunterricht werden. Laut Programm der DP sollen die Schüler einen kritischen Umgang mit den Medien und eine verantwortungsvolle Nutzung der Medien erlernen.

6.5 Déi Gréng

6.5.1 Grundsatzprogramm

Déi Grénk haben nichts über einen freien Zugang zur Bildung in ihrem Grundsatzprogramm stehen.

6.5.2 Wahlprogramm

Déi Grénk wollen ein lebenslanges Recht auf Bildung.

In ihrem Programm schreiben sie ansonsten nichts zu einem freien Zugang zur Bildung⁶.

6.6 ADR

6.6.1 Grundsatzprogramm

Die ADR hat nichts über einen freien Zugang zur Bildung in ihrem Grundsatzprogramm stehen.

6.6.2 Wahlprogramm

Die ADR hat nichts über einen freien Zugang zur Bildung in ihrem Wahlprogramm stehen.

⁶Wahlprogramm déi gréng, Seiten 24, 25

6.7 Déi Lénk

6.7.1 Grundsatzprogramm

Déi Lénk will sich für medienkritische Menschen einsetzen⁷.

6.7.2 Wahlprogramm

Déi Lénk will, dass die Menschen eine Ausbildung (formation continue) machen können, ohne sich dabei finanziel ruinieren zu müssen⁸.

6.8 KPL

6.8.1 Wahlprogramm

Die KPL will die vollständige Unentgeltlichkeit der Gesamtschule⁹.

⁷Grundsatzprogramm déi lénk, Seite 18

⁸Wahlprogramm déi lénk, Seite 23

⁹Wahlprogramm der KPL

7 Europa ohne Grenzen

7.1 Piratenpartei

Die Piratenpartei fordert ein offenes Europa, auch auf der digitalen Landkarte. Die virtuellen Grenzen, die trotz der Auflösung der physischen Grenzen, in der EU noch bestehen sollen nach Meinung der Piraten aufgelöst werden¹.

7.2 Andere Parteien

Keine der etablierten Parteien behandelt dieses Thema oder hat sich bereits dazu geäußert.

¹<http://piratenpartei.lu/parteiprogramm#europa>

8 Schlussfolgerungen

8.1 CSV

Die CSV erkennt die Problematik des Verhältnis zwischen der Sicherheit und der Privatsphäre der Bürger. Allerdings schlägt sich diese Erkenntnis weder in aktuellen Fragen noch in deren parlamentarischen Entscheidungen (Einstimmig pro Vorratsdatenspeicherung; national wie europäisch, Einführung der Videoüberwachung) nieder. In exekutiven Stellungen sind Politiker teilweise die treibende Kraft hinter Gesetzen und Umsetzungen denen die Piraten sehr kritisch gegenüber stehen.

Die CSV versäumt es darüber hinaus, einige ihrer Abstimmungen im nationalen und europäischen Parlament gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen oder zu rechtfertigen.

8.2 LSAP

Die LSAP nimmt kritische Positionen ein die sich mit den Forderungen der Piratenpartei überschneiden. Allerdings haben diese proklamierten Stellungnahmen in Grundsatz- und Wahlprogrammen keinen wesentlichen Einfluss auf deren Abstimmungen im Parlament.

Auch bei Themen die in ihren Programmen nicht oder nicht näher beschrieben werden ist die LSAP nicht inaktiv. Die Partei spricht sich für die personelle Aufrüstung der Datenschutzkommissionen und Agenturen zur Behandlung von allgemeinen und tagesgeschäftlichen Fragestellungen aus, verpasst es aber diese Versprechen einzulösen.

8.3 DP

Die DP teilt einige kritische Ansichten mit den Piraten, welches sich teilweise auch in den Abstimmungen im Parlament wiederfindet. Die DP ist aber auch offen für Gesetze und Umsetzungen welche von den Piraten scharf kritisiert werden und sind sogar

manchmal die treibende Kraft dahinter (siehe Visupol), deuten aber auch darauf hin diese Gesetze und Umsetzungen im Auge zu behalten und regelmäßige Überprüfungen zu fordern.

8.4 Déi Gréng

Déi Gréng stellen feste Verbindungen zu den Themenpunkten der Piratenpartei und ihren eigenen, grünen Interessen her. Die Grünen sind aber nicht konsequent und enthalten sich bei vielen Abstimmungen welche die gemeinsamen Themenpunkte betreffen, oder setzen sogar einige der von der Piratenpartei scharf kritisierten Punkten, beispielsweise Visupol, als Juniorpartner um.

8.5 ADR

Die ADR teilt in ihrem Programmen einige grundlegende Prinzipien für welche die Piraten einstehen. Allerdings spiegelt sich dies überhaupt nicht im Parlament wieder (pro Vorratsdatenspeicherung, pro Ausweitung der Videoüberwachung).

8.6 Déi Lénk

Déi Lénk teilt einige Forderungen mit den Piraten und steht vermehrt hinter ihren Aussagen. Abstimmungen im Parlament bestätigen, dass die Partei in ihren Programmen keine leeren Phrasen proklamiert. Darüber hinaus informiert die Partei die Öffentlichkeit über ihre Kritik und untermauern Aussagen und Abstimmungen auf ihrer Website und in Pressemitteilungen.

8.7 KPL

Die Kommunisten definieren in keiner Weise Stellungen zu den Themen der Piratenpartei.

8.8 Verhältnis der Piraten zu den etablierten Parteien

Trotz der Tatsache, dass viele Programmpunkte der Piratenpartei von etablierten Parteien in ihren Programmen abgedeckt werden, kann nicht behauptet werden, dass sich

ernsthaft und ausführlich mit den Themen auseinander gesetzt wird. Darüber hinaus werden viele Positionen, die denen der Piratenpartei ähneln bei Abstimmungen ignoriert und gegen die in Grundsatz- oder Wahlprogramm proklamierte Positionen gestimmt. Der Widerspruch (Aussage - Abstimmung) rührt höchstwahrscheinlich daher, dass die genannten Programmpunkte lediglich der Vollständigkeit der Grundsatz- und Wahlprogramme dienen. Dabei wird der daraus entstehende Einfluss dieser Themen auf die tatsächliche Demokratie, die Grund- und Menschenrechte größtenteils vergessen.

Die Piratenpartei hat hierbei den Vorteil eines überschaubaren Grundsatzprogrammes. Bei einer optimalen Beobachtung des Tagesgeschehens kann hier effektiv auf Neuigkeiten, welche die Themen der Piraten betreffen, eingegangen werden.

Auch als außerparlamentarische Partei mit wenigen Mitteln kann die Piratenpartei sich aktiv für ihre Prinzipien mit gezielten Aktionen und Kampagnen einsetzen. Aktuelle Beispiele sind die Unterstützung der Whistleblower Plattform Wikileaks (Transparenz des Staates, Informations-, Presse-, und Meinungsfreiheit) oder die eigene Parteitranparenz (öffentliche Sitzungen, transparente Konten usw.). Im Gegensatz zu etablierten Parteien zeigen die Piraten was es bedeutet Initiative zu ergreifen und mit Taten hinter ihren Prinzipien und Forderungen zu stehen.